

Gedenken im Landtag an die Abgeordneten

28. Februar 1933: Verhaftung der KPD-Abgeordneten war Schlag gegen das Parlament

Rudolf Arnold, Richard Eyermann, Fritz Gäbler, Willy Gebhardt, Fritz Heilmann, Leander Kröber, Josef Rösel, Erich Scharf, Arno Voigt und Richard Zimmermann – das sind die Namen der zehn Thüringer Landtagsabgeordneten der KPD, die vor 80 Jahren von den Nazis verhaftet wurden. An sie wollen wir erinnern.

Am 28. Februar 1933 erging per Funkspruch der Befehl, die gewählten KPD-Abgeordneten des Thüringer Landtages beim Betreten des Parlaments festzunehmen und die Räume der Fraktion im Fürstenhaus in Weimar sowie die Pulte der Abgeordneten im Sitzungssaal zu durchsuchen. Der Landtags-Vizepräsident hatte der Polizei die Genehmigung dafür erteilt. Die Abgeordneten wurden an verschiedenen Orten Thüringens verhaftet und in „Schutzhäft“ genommen. Mehrere kamen in das erste Konzentrationslager des NS-Staates, das Sammellager in Nohra. Dort wurden ab Anfang März 1933 Abgeordnete, Stadträte und Funktionäre der KPD sowie der „Roten Hilfe“ interniert. Das Lager diente in den ersten Wochen und Monaten der Nazi-Herrschaft der Machtsicherung der NSDAP und der Ausschaltung der KPD. Flucht ins Exil, langjährige Inhaftierungen der Thüringer KPD-Abgeordneten in verschiedenen Gefängnissen und in Konzentrationslagern folgten.

Sofort nach der Machtübertragung an die Nazis am 30. Januar 1933 begann die Zerschlagung der Demokratie der Weimarer Republik. Die Presse- und Versammlungsfreiheit wurden eingeschränkt, kommunistische und sozialdemokratische Beamte entlassen und Zeitungen verboten. Am 28. Februar erfolgte mit der sogenannten „Reichstagsbrandverordnung“ ein weiterer schwerer Schlag gegen die Demokratie. In einer gezielten Aktion wurden aus Anlass des Reichstags-

brandes tausende Kommunistinnen und Kommunisten in „Schutzhäft“ genommen. Mit der Verordnung wurden wichtige Menschen- und Bürgerrechte außer Kraft gesetzt. Sie war ein Baustein für die weitere Absicherung der Herrschaft der NSDAP. Allein in Thüringen wurden auf Grundlage dieser Verordnung in den ersten Wochen nach der Machtübertragung etwa 1.000 Mitglieder der KPD verhaftet.

Der Terror von rechts traf nicht allein die KPD. Der Sturm auf die Gewerkschaftshäuser am 2. Mai, die Zerschlagung der Gewerkschaften sowie die

bezeichneten Menschen. Bis heute ist die Verfolgung der zehn Thüringer KPD-Abgeordneten offenbar nicht ausreichend und umfassend erforscht. Allein über die Frage, ob die Abgeordneten am 22. Februar oder am 28. Februar 1933 in die faschistischen Kerker geworfen wurden, gibt es beispielsweise unterschiedliche Informationen. Aktuelle Literatur zur Verhaftung der Abgeordneten, zur Zwangsauflösung der KPD-Landtagsfraktion und dem weiteren Schicksal dieser Abgeordneten des Thüringer Landtages ist heute nicht oder nur schwer zu finden. Auch im



28. Februar 1933, Berlin am Morgen nach dem Reichstagsbrand. Dieser war der Auslöser für die Verhaftung der KPD-Abgeordneten.

Foto: Bundesarchiv, Bild 146-1977-148-19A / unknown / CC-BY-SA 3.0

Verhaftungen und Verbote gegen die SPD folgten in den nächsten Wochen und Monaten. Auch wenn die Arbeiterinnen-Bewegung zuerst in den Fokus des nationalsozialistischen Staates geriet, richtete sich der Terror der Nazis gegen alle Demokratinnen und Demokraten. Die letzte Sitzung des frei gewählten Thüringer Landtags fand am 14. Februar 1933 statt.

Was dann folgte, überstieg den frühen Terror bei weitem: Die Verfolgung und der millionenfache Völkermord an den Jüdinnen und Juden, die Shoa, der Völkermord an den Sinti und Roma sowie die Verfolgung und Ermordung von Homosexuellen, Angehörigen religiöser Gruppen sowie der als „Asoziale“

Thüringer Landtag erinnert nichts an diese zehn früheren Abgeordneten, die Opfer des NS wurden.

Die Verhaftung von KPD-Abgeordneten aus den Landtagen und dem Reichstag sowie von Parteifunktionären war ein Schritt in der langen Kette der Zerschlagung der Demokratie und der Errichtung und Festigung der NS-Herrschaft. Der Thüringer Landtag sollte daher prüfen, wie in Zukunft allen Abgeordneten, die Opfer der NS-Herrschaft wurden, gedacht werden kann und wie sie geehrt werden können. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Opfer des NS vergessen werden.

Bodo Ramelow

Agrarflächen

MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright hat die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) als „größten Preistreiber beim Verkauf und Pachten von Flächen“ kritisiert. Durch die Privatisierung von ehemals volkseigenem Land und Wald seien die Preise in die Höhe geschossen. „Damit ist es für Bauern schwierig geworden, zu erschwinglichen Preisen an Acker und Waldflächen zu kommen. Durch das meist beträchtliche Preisniveau können nur kapitalstarke Käufer mithalten, die oft nicht aus der Landwirtschaft stammen.“ Die LINKE hat stets gefordert, die von der BVVG verwalteten Flächen den Ländern zu übertragen. Diese hätten sie zu fairen Preisen verpachten oder verkaufen können. ■

Leistungsschutzrecht

Zur Änderung im Urheberrechtsgesetz (Leistungsschutzrecht für Presseverleger) sagte MdL Katharina König: „Es ist absehbar, dass das Gesetz kleinere Anbieter von Nachrichten und Diensten massiv benachteiligt. Viele Rechtsbegriffe des Gesetzes sind völlig unbestimmt und führen nur zu einer Arbeitsbeschaffung für Abmahnanwälte.“ Gerade für ein Land wie Thüringen, in dem viele kleine Startups sich in der Internetwirtschaft und im Bereich der mobilen Apps entwickeln, sei „dieses innovationsfeindliche Gesetz ein bitterer Rückschlag“. Die Medienkultur, in der sich der Einzelne im Internet aus einer Vielzahl von Quellen individuell gezielt informieren kann, sei damit gefährdet. ■

Matinee

Anlässlich des 100. Geburtstags von Stefan Heym – Schriftsteller und unbeirrbarer Demokrat – veranstaltet die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag eine szenische Lesung. Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow, die Kulturpolitikerinnen Dr. Birgit Klaubert (MdL), Dr. Luc Jochimsen (MdB), der Schauspieler und Autor Franz Sodann und andere werden diese Matinee am Mittwoch, den 10. April, Beginn 16.30 Uhr in der Lobby des Plenarsaals im Thüringer Landtag in Erfurt, gestalten. Musikalisch wird die öffentliche Veranstaltung, zu der Besucherinnen und Besucher herzlich eingeladen sind, vom Misrach Quartett umrahmt. ■

VON A BIS Z:

Rechte Straftaten

Zur Polizeilichen Kriminalstatistik und Statistik der politisch motivierten Kriminalität 2012 in Thüringen sagte MdL Martina Renner: „Mit 80 Prozent der Taten geht die größte Gefahr im Bereich der politisch motivierten Kriminalität eindeutig von Rechts aus.“ Nur zehn Prozent sind politisch links motiviert, weniger als in den vergangenen Jahren. Und die so genannte politisch motivierte Ausländerkriminalität existiert de facto in Thüringen nicht.

„Wer angesichts dieser Zahlen weiterhin im Landtag, in der Prävention, der politischen Bildung oder in den Ämtern von Extremismus schwadroniert, betreibt das gefährliche Spiel der Verharmlosung rechter Gewalt und Straftaten weiter“, so die LINKE-Innenexpertin. Dass die Zahl der rechten Taten 2012 erneut um gut 100 angestiegen ist, belegt, dass die Neonazi-Szene sich vom Fall NSU unbeeindruckt zeigt. Initiativen gegen Rechts und Rechtsextremismus-Experten beobachten eine selbstbewusste und aktivistische Neonazi-Szene, die sich nicht vor Straf- und Gewalttaten scheut. Die Ermittlungen gegen drei Personen aus der rechten Szene wegen terroristischer Taten und dem Fund von Waffen bestätigten das.

Die Zahlen machen auch deutlich, dass dies kein Jugendphänomen ist. 65 Prozent der Tatverdächtigen sind Erwachsene. Ein wichtiger Hinweis, dass Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Zukunft die ganze Gesellschaft in den Blick nehmen muss. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 20. bis 22. März statt sowie im April vom 24. bis 26. des Monats.

Ausstellung:

„Plötsinn!? – Sinn und Unsinn des Thüringer Bildungsplans 0 - 10“, so der Titel der Ausstellung der Jugendkunstschule IMAGO im Fraktionsflur der Linksfraktion im Thüringer Landtag in Erfurt. Die feierliche Eröffnung, zu der Gäste herzlich willkommen sind, findet am Mittwoch, den 20. März, um 13 Uhr statt.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:
www.die-linke-thl.de.